

Wahlen in Südkorea

KONSERVATIVE SICHERN SICH DIE PARLAMENTSMEHRHEIT

Die konservative Grand National Party (GNP) ging aus den am 09. April landesweit durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung als klarer Sieger hervor. Das Wahlergebnis beendet die Hoffnungen der liberalen Kräfte auf eine Trendwende und ein Ende ihrer schwindenden Popularität.

Für die GNP und den frisch gewählten südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-bak ebnet sich nun der Weg für die von ihm angestrebten Wirtschaftsreformen. Auch in seiner zuletzt härteren Haltung gegenüber Nordkorea wird er sich durch das Ergebnis bestätigt sehen. Wirklich Grund zur Freude besteht jedoch auch bei der GNP nicht. Sie konnte sich zwar 153 der insgesamt 299 Sitze sichern. Bei möglichen Verfassungsänderungen und Reformvorhaben wird sie aber auf die Stimmen anderer Abgeordneter angewiesen sein. Da die konservativen Kräfte in der Nationalversammlung aber insgesamt über 200 Sitze einnehmen werden, ist die Ausgangslage hierfür vorteilhaft.

Mit der Liberty Forward Party (LFP) (18 Sitze) und der Pro-Park-Allianz (14 Sitze) erhalten weitere konservative Kräfte Einzug in die Nationalversammlung. Auch aus den Reihen der 25 neu gewählten „unabhängigen“ Abgeordneten wird die Mehrheit dem konservativen Lager von Park Geun-hye, der ehemaligen Parteivorsitzenden, zugerechnet.

Die progressiv-liberalen Parteien verloren dagegen auf weiter Front. Die United Democratic Party (UDP), bisherige Mehrheitspartei, erreichte nur 81 Sitze. Ihr Ziel, mindestens 100 Mandate zu sichern, um so mögliche Versuche der Regierungspartei für eine Verfassungsänderung blockieren zu können, verfehlte sie deutlich. Auch die

Democratic Labour Party (DLP) gewann lediglich fünf Sitze und wird damit anders als vor vier Jahren keine Fraktionsstärke mehr erreichen.

Parteien	Direkt-wahl	Proportional	Gesamt
Grand National Party (GNP)	131	22	153 (112)
United Democratic Party (UDP)	66	15	81 (136)
Liberty Forward Party (LFP)	14	4	18 (9)
Pro-Park-Alliance	6	8	14 (3)
Democratic Labor Party (DLP)	2	3	5 (6)
Creative Korea Party (CKP)	1	2	3 (1)
Unabhängige	25		25
Park Nah	13		
UDP Nah	7		
Sonstige	5		
Gesamt	245	54	299

*Klammer entspricht bisherige Sitzverteilung

Quelle: Daten (NEC), Tabelle (KAS Korea)

Wahlbeteiligung & Anreize

In der niedrigsten Wahlbeteiligung seit 1988 spiegelt sich die zunehmende Politikverdrossenheit, aber auch das Desinteresse der südkoreanischen Bevölkerung wider. Lediglich 46,0 Prozent der 37,8 Millionen Wahlberechtigten (2004: 60,6%) gaben ihre Stimme ab. Als Hauptursache nennen führende Meinungsforschungsinstitute die relativ kurze Wahlkampfperiode von weniger als zwei Wochen, eine mangelnde inhaltliche Debatte, die parteiinternen Auseinandersetzungen bei der Kandidatenauswahl und die zeitliche Nähe zu dem erst vor vier Monaten vollzogenen Präsidentschaftswahlkampf. Wie aus dem Ergebnis ersichtlich, profitierten in erster Linie die konservativen Kandidaten von der niedrigen Wahlbeteiligung. Vor allem die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

MARC ZIEMEK

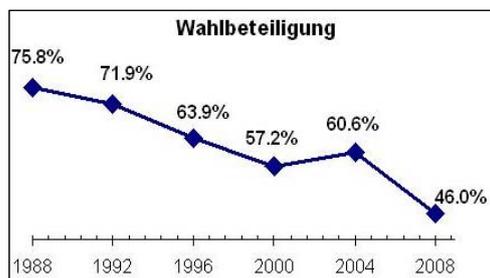
April 2008

www.kas.de/korea

www.kas.de

für die progressiven Kräfte wichtigen jüngeren Wählergruppen blieben der Wahl fern. Da die Wahlbeteiligung bereits seit zwei Jahrzehnten stetig abnimmt, hatte die Nationale Wahlkommission (NEC) den Wählern erstmals Anreize in Form von Preisnachlässen (ca. EUR 1,30) für den Eintritt von insgesamt 1.400 landesweiten kulturellen Einrichtungen, wie beispielsweise Museen und Parks, gegeben.

Um das Vertrauen der Bürger für sich zu gewinnen, hat die UDP im Vorfeld der Wah-



Quelle: Daten (NEC), Graphik (KAS Korea)

len demonstrativ ihre Parlamentsfraktion erneuert. Mit mehr Transparenz im Auswahlprozess der Kandidaten und dem Ausschluss von Kandidaten, die sich aus moralischen Gründen, beispielsweise Korruption oder häufige Parteiwechsel, für das Amt disqualifizierten, zielte die Partei darauf ab, Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Dieser Schritt brachte ihr zunächst viel Zuspruch aus der Bevölkerung ein und brachte auch die GNP in Zugzwang. Daraufhin nahm diese einen noch radikaleren Kahlschlag unter ihren Amtsinhabern vor, dem nicht nur zahlreiche in Ungnade gefallene Abgeordnete, sondern auch lang gediente Volksvertreter zum Opfern vielen. Insgesamt schloss die GNP über ein Drittel ihrer Abgeordneten von einer erneuten Kandidatur aus, während die UDP rund 30 Prozent ihrer Abgeordneten durch neue Gesichter ersetzte. Da die UDP es jedoch versäumte, progressive und reformwillige Kandidaten ins Rennen zu schicken, kann von einer wirklichen Erneuerung der Partei letztlich nicht die Rede sein, was letztendlich in den Wahlen auch abgestraft wurde.

Zahlreiche Amtsinhaber beider großer Parteien, die nicht erneut zur Wahl aufgestellt wurden, entschieden sich daraufhin für den

Parteiaustritt und zogen als unabhängige Kandidaten in die Wahl, um in ihren Heimatdistrikten oft auch erfolgreich gegen ihre ehemaligen Parteimitglieder anzutreten. Insgesamt bewarben sich 1.110 Kandidaten, davon 127 Unabhängige, um einen der 299 Sitze der Nationalversammlung.

Wahlkampfthemen & Inhalte

Im Wahlkampf versuchte die GNP unter dem Slogan „Economy First, Employment First“ die Wählerschaft von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen zu überzeugen, die nur mit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit der GNP von mindestens 168 Sitzen möglich sei. Im Gegenzug appellierte die UDP an die Wähler eine starke Opposition zu ermöglichen, die in der Lage ist, den Präsidenten zu kontrollieren und somit ein System von „checks and balances“ zu gewährleisten. Ihr offizielles Wahlziel bestand darin, mindestens 100 Sitze zu erreichen und eine Dreiviertelmehrheit der GNP zu verhindern. Mit dem Slogan „For People, Priority to Livelihood“ versucht sie sich dabei bewusst vom wirtschaftsfreundlichen Kurs der GNP abzugrenzen und richtete ihren Wahlkampf an den einfachen Bürger, der ihrer Meinung nach 99 Prozent der Bevölkerung ausmacht und von Präsident Lees Politik benachteiligt wird. In die gleiche Richtung wie die UDP stößt die DLP mit ihrem Slogan „Half Tuition, Temps into Regular Work“, womit sie ein Ende der hohen Hochschulgebühren und der irregulären Arbeitsverhältnisse fordert. Obwohl diese Slogans einen inhaltlichen Wahlkampf suggerieren, konzentrierten sich die Oppositionsparteien in erster Linie darauf, einen Wahlkampf gegen den Präsidenten zu führen, anstatt eigene Inhalte und Themen zu vermitteln.

Die progressiven Kräfte konzentrierten sich somit abermals auf einen Negativ-Wahlkampf, welcher ihnen auch schon während der Präsidentschaftswahlen nichts als herbe Verluste eingebracht hatte. So warfen sie Präsident Lee vor, das Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme des Landes überzogen darzustellen, um die Wähler für seine deregulierenden Wirtschaftsreformen zu gewinnen und so den Ausgang der Wahlen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

MARC ZIEMEK

April 2008

www.kas.de/korea

www.kas.de

zu beeinflussen. Zudem wurden all jene Themen in das Wahlkampfprogramm aufgenommen, mit denen die GNP bzw. Präsident Lee in jüngster Zeit öffentlich in Kritik geraten war. Hierzu gehörte unter anderem die Reform des Bildungssektors, von der Lehrer und Eltern ein Ansteigen der privaten Ausgaben und somit eine Benachteiligung von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten befürchten.

Höchst umstritten ist auch Präsident Lees nationales Kanalprojekt. Wissenschaftler warnen bereits vor den immensen Kosten einer überstürzten Durchführung und verweisen auf gravierende mögliche Umweltschäden, die der Bau mit sich bringen würde. Auch die Praktikabilität eines solchen Projekts auf einer Halbinsel, wo die meisten großen Städte nahe der See liegen, und die wirtschaftliche Nützlichkeit werden in Frage gestellt. Lee argumentiert hingegen, dass ein Inlandskanal die Transportkosten um ein Drittel minimieren, die Wirtschaftsentwicklung in den Regionen anregen, den Tourismus ankurbeln und Tausende von Jobs schaffen würde. Ende März verbündeten sich die Oppositionsparteien gegen das Inlandskanalprojekt und nahmen sich vor, gemeinsam eine parlamentarische Mehrheit der GNP zu verhindern, um das Projekt, das scheinbar bereits in den ersten Planungen steckt und im April 2009 gestartet werden soll, zu stoppen. Die GNP-Kandidaten gingen auf das Inlandskanalprojekt bei ihren Wahlkampagnen nicht ein, zumal Umfragen ergaben, dass die Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung den Bau des Inlandskanals ablehnt. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Lee trotz parlamentarischer Mehrheit dieses Projekt gegen den Willen der Bevölkerung weiter vorantreiben wird.

Der Nordkorea Faktor

Auch die Nordkorea-Problematik hat wieder an Aktualität gewonnen. Präsident Lee hatte bei seinem Amtsantritt eine pragmatischere Nordkorea-Politik als sein Vorgänger Rho Moo-hyun angekündigt, die Bedingungen an weitere wirtschaftliche Kooperationen mit dem Norden knüpft. Konkret bedeutet dies, ohne deutliche Schritte des Nordens hin zu einer Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel wird es keine neuen Zugeständ-

nisse und Unterstützungen vom Süden geben. Gleichzeitig bemüht Lee sich um eine Wiederbelebung der Allianz mit Japan und den USA. Die nordkoreanische Führung sprach daraufhin von einer Gefahr für die mühsam errungene Annäherung beider Staaten und verdächtigte Lee, gemeinsam mit Japan und den USA Nordkorea „zu Tode quetschen“ zu wollen. Mit der Ausweisung südkoreanischer Mitarbeiter des Wiedervereinigungsministeriums aus der gemeinsamen Sonderwirtschaftszone Kaesong und dem Test mehrerer Kurzstreckenraketen über dem Gelben Meer in der letzten März-Woche, sendete der Norden erste Drohsignale in den Süden und eine eindeutige Botschaft an die südkoreanische Wählerschaft.

Die Oppositionsparteien ließen sich auf das Spiel ein und warnten mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen davor, dass Lees Politik den Norden soweit provozieren könne, dass die innerkoreanischen Beziehungen für die nächsten fünf Jahre schweren Schaden davontragen würden. Die aktuellen Spannungen mit Nordkorea scheinen jedoch keinen ersichtlichen Einfluss auf die Wahlen gehabt zu haben. Präsident Lee dürfte sich daher in seiner Haltung gegenüber Nordkorea bestätigt sehen.

Gewinner & Verlierer

Vor allem Park Geun-hye, die ehemalige Parteivorsitzende der GNP, geht als heimlichen Gewinnerin aus dieser Wahl hervor. Ihr Einfluss wird sich aufgrund des sehr guten Abschneidens ihrer Anhänger innerhalb und außerhalb der GNP weiter verstärken. Insgesamt 27 der kurz vor den Wahlen aus der GNP ausgetretenen Anhänger wurden gewählt und auch innerhalb der Partei konnten sich ungefähr 30 ihrer Anhänger einen Sitz sichern. Park selbst beeindruckte als Kandidatin der GNP mit einer Zustimmung von fast 90 Prozent in ihrer Heimatprovinz Taegu. Zahlreiche Anhänger von Park hatten eine „Pro-Park-Allianz“ gebildet, nachdem sie nicht als Kandidat der GNP aufgestellt worden waren. Weitere nicht nominierte Park-Anhänger waren zudem als „Unabhängige“ ins Rennen gegangen, nachdem bei der Auswahl der parteiinternen Kandidaten vor allem Anhänger Lee Myung-baks

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

MARC ZIEMEK

April 2008

www.kas.de/korea

www.kas.de

berücksichtigt worden waren. Park selbst hatte den Auswahlprozess vor den Wahlen stark kritisiert und war den Wahlveranstaltungen der GNP-Kandidaten aus Protest ferngeblieben. Nach dem Sieg wollen nun die meisten zur GNP zurückkehren, worauf vor allem auch Park hofft, hat sie doch innerhalb der GNP hochgesteckte Ambitionen mit Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2012. Nachdem sich die GNP eine solide Mehrheit sichern konnte, signalisierte die Parteiführung nach der Wahl entgegen vorherigen Äußerungen, nun parteilose Abgeordnete dazu überreden zu wollen, der GNP beizutreten. Bei der Durchführung seiner weiteren Reformvorhaben wird Präsident Lee zudem auf die Unterstützung und Kooperation von Park Geun-hye angewiesen sein. Nichtsdestotrotz kann auch Präsident Lee mit dem Ergebnis der Wahl zufrieden sein, ebnet die konservative Mehrheit in der Nationalversammlung doch den Weg für seine ambitionösen Reformvorhaben und eine pragmatische Nordkoreapolitik.

Zu den Verlierern der Wahl zählen eindeutig die progressiven Kräfte, deren Ansehen in der Bevölkerung trotz innere Erneuerungsversuche weiter abgenommen hat. Zudem konnte sich weder der amtierende Parteivorsitzende der UDP, Sohn Hak-kyu, noch sein Amtsvorgänger und erfolgloser Präsidentschaftskandidat Chung Dong-yong ein Direktmandat sichern.

Mit Spannung werden nun in den nächsten Monaten die internen Machtkämpfe und -ansprüche in der GNP und UDP um die Parteiführung erwartet und auch im Kabinett von Lee Myung-bak wird es nach den Parlamentswahlen nun vermutlich noch die eine oder andere Veränderung geben.